Sonnabend, 18. Juni 1932
Nr. 137. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Hoover-Jahr verlängert

Sensationeller Auftakt der Lausanner Konferenz

Der englische Ministerpräsident MacDonald gab heute gleich zu Beginn der Vollsitzung in seiner Eigenschaft als Präsident der Tributkonferenz die aufsehenerregende Erklärung ab, daß die englische, die französische, die italienische, die japanische und die belgische Regierung sich geeinigt hätten, das am 1. Juli ablaufende Hoover-Moratorium vorläufig unbefristet zu verlängern.

Der Wortlaut der Erklärung

Lausanne, 17. Juni 1932.

Die vom englischen Ministerpräsidenten MacDonald verlesene Erklärung über die vorläufig unbefristete Verlängerung des Hoover-Moratoriums hat folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten Regierungen, tief durchdrungen von dem wachsenden Ernst der wirtschaftlichen und finanzielle Gefahren, die auf der Lausanner Konferenz zur Verhandlung gelangen, ferner tief überzeugt, daß diese Probleme eine endgültige und präzise Lösung verlangen, die eine Besserung der allgemeinen Bedingungen Europas ermöglichen, eine Lösung, die unverzüglich und ohne Unterbrechung im Rahmen einer allgemeinen Regelung gesucht werden muß, stellen fest, daß gewisse Reparationszahlungen und Kriegsschulden am 1. Juli fällig werden.

Diese Regierungen sind der Ansicht, daß — um eine ununterbrochene Weiterführung der Arbeiten der Konferenz zu ermöglichen — die Leistung der Zahlungen, die den an der Konferenz beteiligten Regierungen geschuldet werden, auf dem Reparationskonto oder als Kriegsschulden,

während der Dauer der Konferenz aufgeschoben würden, jedoch unter dem Vorbehalt der Lösungen, die später gefunden werden.

Die Regierungen erklären ihren festen Willen, in kürzest möglicher Frist zu einem Ergebnis auf der Konferenz zu gelangen. Da der Zinsendienst für die auf den Kapitalmärkten aufgelegten Anleihen durch diese Entscheidung nicht berührt wird, erklären die unetrezichneten Regierungen, daß sie für ihren Teil bereit sind, entsprechen dieser Regelung zu handeln; sie ersuchen die übrigen Gläubiger-Regierungen, die gleiche Haltung einzunehmen.“

Die Erklärung ist unterzeichnet von dem Schatzkanzler Chamberlain (England), Ministerpräsident Herriot (Frankreich), Finanzminister Mosconi (Italien), Ministerpräsident Renkin (Belgien), Botschafter Yoshida (Japan).

v. Papens Erwiderung

Auf die von Macdonald verlesene Erklärung erwiderte der Reichskanzler v. Papen mit folgenden Worten:

„Ich habe von der Erklärung, die der Herr Präsident soeben verlesen hat, mit größtem Interesse Kenntnis genommen und weiß die Absicht, der sie nach ihrem Wortlaut — und den erläuternden Bemerkungen des Herrn Präsidenten — entsprungen ist, voll zu würdigen. Ich begrüße diese Erklärung als den ersten sichtbaren Beweis des festen Willens der beteiligten Staaten, die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern und diejenigen umfassenden und endgültigen Entschlüsse, die die heutige Lage fordert, zu fassen. Ich kann nur wünschen, daß die Erklärung von den Völkern, die wir hier vertreten, ja von der gesamten Weltöffentlichkeit in dem gleichen Sinne verstanden wird. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Hoffnung enttäuscht würde.“

Ende der Reparationen?

Die Erklärung der Fünfmächtevertreter in Lausanne ist die Ueberraschung des Tages. Schon die Eindringlichkeit, mit der MacDonald die Notwendigkeit einer Lösung begründete, konnte darauf schließen lassen, daß die Lausanner Konferenz nicht ganz wie das Hornberger Schießen ausgehen werde. Für die kapitalistischen Staaten geht es ja in diesem Augenblick nicht mehr um Fragen des Rechts oder Unrechts, und noch weniger ist Raum für Fragen des nationalen Prestiges. Allen ohne Ausnahme steht das Wasser bis zum Hals. Sie haben nur die Wahl, in der Schlammflut des Kapitalismus zu versinken oder aber den Versuch einer Verständigung zu machen.

Das und nichts anderes ist der Sinn der Erklärung, durch die die fünf Unterzeichnerstaaten das Hoover-Jahr ohne Hoover und eigenmächtig verlängern. Hoover-Jahr? Es stimmt eigentlich nicht, denn auf Grund des Hoover-Moratoriums war Deutschland nur zur Zahlung jenes Teils der Reparationen, die als „ungeschützt“ galten, verpflichtet. Die Erklärung geht weiter. Sie bezieht in das Moratorium auch die „geschützten Zahlungen“ ein und enthebt Deutschland mithin von jeder Reparationszahlung. Allerdings nur befristet. Ausdrücklich wird der Aufschub auf die „Dauer der Konferenz“ beschränkt. Das kann aber nur so zu erklären sein, daß die Lausanner Mächte während der Konferenz sich bemühen, zu einer endgültigen Lösung zu kommen, was ja in der Erklärung auch ausgesprochen wird.

Somit das Ende der Reparationen? Es wird von vielen so gedeutet und sogar darf man zumindest sagen, daß es der Anfang vom Ende ist, wobei man sich freilich dessen bewußt sein muß, daß in das Reparationsproblem viele andere Probleme, wie das der Rüstungen, der politischen Beziehungen und Sicherungen einmünden, für die nicht so leicht eine Lösung zu finden ist. Ebenso bestimmt läßt sich aber auch heute schon sagen, daß die Kapitalisten aller Länder irren, wenn sie meinen, daß dem Kapitalismus nach der Liquidierung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems ein neues Morgenrot winke. Diese ganze Kriegsverschuldung ist bestenfalls nur ein Gebrest, an dem der Kapitalismus heute krankt. Er hat deren noch viele andere und weniger kurable. Die auf Lausanne gesetzten Hoffnungen werden sich ebensowenig erfüllen wie diejenigen, mit denen vor einem Jahr die Hoover-Botschaft begrüßt worden ist.

*

Die erste Vollsitzung brachte u. a. eine Rede von Papen, deren Charakteristikum darin liegt, daß sie im ganzen weit zurückhaltender war als ähnliche Reden Brünings. Warum sollten die Papen auch in Lausanne besonders auftrumpfen? Die nationale Phrase hat ja in Deutschland ihren Dienst getan. Sie hat die Krautjunker und Schlotbarone an die Macht geschwemmt und damit ihren Zweck erfüllt.

Schleichers drei Bedingungen

Reichswehrminister von Schleicher erklärte einem französischen Pressevertreter, daß er nicht daran denke, die Diktatur im Reich zu erstreben. Eine Diktatur, die sich ausschließlich auf die bewaffnete Macht stütze, sei zum sicheren Mißerfolg verurteilt. Sie wäre nur möglich unter einer Bedingung: die gesamte Volksmasse müsse sie wünschen. Das sei aber in Deutschland nicht der Fall. Der Reichswehrminister wandte sich energisch gegen die Gerüchte von Rücktrittsabsichten Hindenburgs zugunsten des Kronprinzen. Niemand denke an eine solche Lösung. Eine Regentschaft in Deutschland sei vollkommen ausgeschlossen. Ueber die französisch-deutschen Beziehungen sagt General v. Schleicher: **„Gerade die nationalen Parteien in Deutschland wünschen aufrichtig eine Zusammenarbeit mit Frankreich. Wir sind bereit, jedes wirtschaftliche Abkommen zu treffen, das Frankreich wünscht.“** Allerdings sei die deutsch-französische Zusammenarbeit an drei Bedingungen geknüpft. Frankreich müsse Deutschland von der Schuldlüge befreien. Die Tributzahlungen müßten beendet und die Ungleichheit der Rüstungen zwischen den beiden Ländern müßte aufgehoben werden.

Neue Notverordnung kommt

Das „Pazifistengesetz“ — Ende jeder Opposition

b. j. Berlin, 17. Juni 1932

Die Produktivität der Regierung Papen auf dem Gebiete der Not-Verordnungen ist beängstigend. Kaum ist — auch um einen Notstand zu beseitigen? — der Artikel 48 zur Aufhebung des SA-Verbots mißbraucht worden, und schon steht der Erlaß einer neuen Notverordnung bevor, deren Kosten diesmal für das Justizministerium für das Wehrministerium bestreitet. Mit dem Artikel 48 soll jetzt das berüchtigte „Pazifistengesetz“ in Kraft gesetzt werden, dessen Erlaß schon unter der Regierung Brüning vom Reichswehrministerium nachdrücklich gefordert worden ist. Immerhin hat ein so hartnäckiger Reaktionär, wie der frühere Justizminister Joël es gewesen ist, sich aus rechtlichen Bedenken der ihm von der Reichswehr zugedachten Aufgabe versagt.

Herr Gürtner ist biegsamer. Die neue Notverordnung, deren Grundzüge bereits feststehen, bringt verschärfte Strafbestimmungen gegen den sogenannten Landesverrat; darüber hinaus führt sie den von der nationalistischen Presse geprägten Begriff der „Staatsverleumdung“ in die Praxis der Gerichte ein. Bei der Ausarbeitung der einzelnen Straf-Tatbestände haben sich die Verfasser, wie man hört, in gewisser Weise an die in Horthy-Ungarn geltenden gesetzlichen Bestimmungen gegen „Schmähung der Nation“ angelehnt.

Die neue Notverordnung ist offensichtlich dazu bestimmt, alle pazifistischen Bestrebungen überhaupt lahmzulegen und mit gröbsten Mitteln jede Opposition gegen die Außenpolitik und die Wehrpolitik der Regierung als „Landesverrat“ oder „Staatsverleumdung“ mit Strafe zu bedrohen und somit unmöglich zu machen.

Nach dem Erlaß dieser Notverordnung wird innerhalb der deutschen Grenzen überhaupt kein freies Wort mehr gesprochen werden können.

Senat sabotiert Parlamentsbeschluß

TU. Washington, 17. Juni 1932

Der Finanzausschuß des Senats lehnte die Vorlage, nach der die Kriegsrenten sofort ausgezahlt werden sollten, mit 14 gegen zwei Stimmen ab.

Preußische Notverordnung aufgehoben

Die Notverordnungs-Aussprache im preußischen Landtag, die am Donnerstag nachmittag begann, dauerte bis in die frühen Morgenstunden. Nach drei Uhr nachts wurde die Abstimmung vorgenommen. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung der preußischen Notverordnung wurde mit 243 Stimmen aller Parteien außer Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei, die sich an der Abstimmung nicht beteiligten, angenommen.

Nazi-Terror gegen Beamte

Das braunschweigische Staatsministerium hat beschlossen, in Zukunft Eingaben des braunschweigischen Beamtenbundes nicht mehr anzunehmen oder zu beantworten, solange der Geschäftsführer Wehe dem Vorstand angehört oder für den Bund in irgendeiner Form tätig ist. Darüber hinaus wird das Staatsministerium Abordnungen des Bundes solange nicht empfangen, als die vorstehenden Voraussetzungen vorliegen.

Zum Kampf!

* 17. Juni 1932.

Die Sozialistische Arbeiter-Partei tritt mit eigenen Listen in allen Wahlkreisen in den Wahlkampf ein. Sie muß das — nicht um ihrer selbst willen, sondern um des deutschen Proletariats willen. Sie muß das, nicht trotz ihres Zieles, der Schmiedung der proletarischen Einheitsfront, sondern gerade wegen dieses Zieles.

Schwer spürt heute das deutsche Proletariat die Folgen der konterrevolutionären Politik der Sozialdemokratischen Partei. Schwer spürt es die Folgen der Politik der Kommunistischen Partei, die das Proletariat nicht zum revolutionären Kampf sammelte, sondern desorganisierte. Verhängnisvoll wirkt sich in dieser Situation aus, daß die Politik dieser beiden Parteien die einheitliche Zusammenfassung der gesamten proletarischen Organisationen zum einheitlichen Kampf gegen Ausbeutung und Faschismus bisher unmöglich machte und auch für die Zukunft so unendlich erschwert. Jede Parole der SAP an ihre Anhänger, einer dieser beiden Parteien die Stimme uz geben, würde die katastrophale Politik dieser Parteien unterstützen, die Ueberwindung ihrer Folgen, den endlichen Zusammenschluß der Arbeiterorganisationen im aktuellen Kampf weiter erschweren, von neuem verzögern. Aber das Proletariat kann heute weniger denn je eine solche Verzögerung vertragen.

Nicht die Zahl, nicht die Verteilung der Mandate unter den Arbeiterparteien im neuen Reichstag entscheidet über die Zukunft des Proletariats. Wie auch die Mandate fallen — die Arbeiterklasse wird durch den neuen Reichstag noch viel weniger Einfluß auf ihr Schicksal nehmen können, als sie es durch den alten konnte.

Die dritte Liste bedeutet daher keinesfalls auch nur im geringsten eine Schwächung der proletarischen Kraft.

Aber der Verzicht auf die Listen der Sozialistischen Arbeiter-Partei würde bedeuten, daß in dieser Entscheidungsstunde die Kraft sich ausschaltet, die die wichtigste Aufgabe erfüllt: die den Arbeitern den einzigen Weg weist, auf dem sie die Herrschaft über ihr Schicksal wiedergewinnen, der Bourgeoisie entreißen, in die eigene Hand nehmen können; die diese Aufgabe erfüllt, indem sie alle Arbeiterorganisationen auffordert, unbeschadet der politischen Gegensätze, unbeschadet der scharfen sachlichen Kritik aneinander in diesem einen zentralen Punkte zusammenzuwirken, an dem das Schicksal einer ganzen proletarischen Generation entschieden wird:

Im Kampf gegen den Faschismus.

In der vielleicht für absehbare Zeit letzten Stunde, in der in solcher Breite dieser schicksalbestimmende Ruf vor dem deutschen Proletariat erhoben werden kann, in dieser Stunde darf der, der den einzigen Weg zur Rettung des Proletariats, zur Ueberwindung des furchtbaren politischen Erbes der vergangenen Politik von SPD und KPD weist, seine Stimme nicht dämpfen — er muß sie lauter und vernehmlicher erheben denn je zuvor. Die Sozialistische Arbeiter-Partei würde Verrat begehen an der Aufgabe, die sie sich gestellt: die proletarischen Organisationen in der vom Gegner uns aufgezwungenen Entscheidungsstunde zum gemeinsamen Kampf zusammenzuführen; sie würde Verrat begehen am ganzen deutschen Proletariat, wenn sie nicht mit all ihrer Kraft den Arbeitern gerade in dieser Stunde zuriefe:

Bekennt euch zum gemeinsamen Kampf der proletarischen Organisationen! Drückt dieses Bekenntnis allen vernehmbar aus, indem ihr eure Stimme für die Listen der Partei gebt, die diesen Ruf unermüdlich erhebt: der Sozialistischen Arbeiterpartei!

Zugleich fordert die SAP von SPD und KPD schon im Wahlkampf selbst ein Bekenntnis zu diesem gemeinsamen Kampf, das abgelegt werden kann, ohne daß irgendeine der Parteien ihre eigenen politischen Ziele, ihre eigenen Gedanken über den Weg zum Ziel preiszugeben braucht. Sie fordert die

Aufstellung einer gemeinsamen Reichsliste von SPD, SAP und KPD,

der die Reststimmen aller drei Parteien in allen Wahlkreisen gemeinsam zugeführt werden. Durch die getrennten Wahlkreislisten bleibt jeder Organisation die Möglichkeit, ihre politische Richtung vor den Arbeitermassen ungehindert zu rechtfertigen und zu vertreten.

Die gemeinsame Reichsliste aber ist das Bekenntnis zum gemeinsamen Kampf gegen den Feind, der vor den Toren steht.

Ihr Zustandekommen allein würde eine machtvolle Drohung gegen die Ausbeuterklasse bedeuten, den Kampfmut des Proletariats gewaltig steigern, die notwendige Auseinandersetzung innerhalb der proletarischen Reihen in sachliche Formen zwingen. Darum müssen in allen Organisationen und Betrieben unsere Genossen von heute an schon unermüdlich und immer wieder die Arbeiter für diese gemeinsame Reichsliste zu gewinnen suchen, Beschlüsse der Organisationen und Betriebe herbeizuführen suchen, die die gemeinsame Reichsliste fordern.

Die Massen sind tief aufgewühlt durch den Angriff der Konterrevolution. Es gilt, ihre Empörung umzuschmieden in das Schwert, daß die Konterrevolution schlägt. Keine Stunde mehr darf ungenutzt vergehen.

Es geht los!

Nazi sprengen bayerischen Landtag

München, 17. Juni 1932

In der Freitagssitzung des bayerischen Landtages erschienen die Nationalsozialisten im braunen Hemd mit Parteibinde. Präsident Stang gab darauf eine Erklärung ab, wonach am 6. Juni 1930 Landtagsmitglieder ebenfalls den Saal in Parteiuniform betreten hätten. Das Haus habe damals seinen Standpunkt gebilligt, daß das Auftreten in der Uniform einer Partei oder eines politischen Verbandes einen demonstrativen und provokatorischen Charakter habe. Er habe damals unter Billigung des Hauses gefordert, daß in Zukunft das Auftreten in Uniform zu unterbleiben habe. Die Erklärung wurde immer wieder durch

stürmische Zurufe der Nationalsozialisten

unterbrochen. Der Präsident erklärte weiter, Demonstrationen und Provokationen seien heute genau so wenig wie damals am Platze und bildeten eine schwere Störung des Hauses. Er schließe deshalb auf Grund der Geschäftsordnung folgende Mitglieder von der Sitzung aus. Als der Präsident hierauf die Namen der sämtlichen Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion verlesen wollte, trat der nationalsozialistische Abgeordnete Esser auf das Rednerpodium und rief in den Saal: „Unserem Führer Adolf Hitler ein dreifaches Heil!" Die Nationalsozialisten stimmten in den Ruf ein. Hierauf rief Esser: „Der Regierung Held ein dreifaches Nieder!" Auch in diesen Ruf stimmten die Nationalsozialisten dreimal ein. Der Präsident unterbrach hierauf die Sitzung. Die Nationalsozialisten stimmten das Hort Wessel-Lied an, während die Abgeordneten der übrigen Fraktionen den Saal verließen. Da sich auch ein Teil der Tribünenbesucher an den Heil- und Nieder-Rufen und an dem Absingen des Horst Wessel-Liedes beteiligte, ließ der Präsident die Landtagstribünen räumen und berief den Aeltestenrat zusammen.

Das ist der Auftakt zum faschistischen Staatsstreich. Der Vorfall in München wird nicht isoliert bleiben. Er wird sich wiederholen und steigern, und dem Terror im Parlament wird bald der Terror auf der Straße immer beherrschender zur Seite treten. Wenn nicht

das Proletariat sich schrnell durch seine Organisationen zur Abwehr zusammenschließt

dann kann bald das Furchtbare eintreten, daß wieder — wie so oft schon — über einem Kapitel deutscher proletarischer Geschichte das Wort „zu spät" steht — aber ein „zu spät", furchtbarer und folgenschwerer als je zuvor.

Papen zwischen zwei Stühlen

München, 17. Juni 1932.

Der „Völkische Beobachter" wendet sich auf das schärfste gegen die Nichtbeachtung der SA-Verordnung des Reiches durch die Länder-Regierungen. Der bayerische Erlaß widersetze sich in gesetzwidriger Weise der Verfügung des Reichspräsidenten und sei deshalb rechtlich ungültig. Das Blatt fordert vom Reichsinnenminister sofortige Maßnahmen, um die Autorität des Reiches gegenüber einem renitenten Land wiederherzustellen. Er fordert Versammlungsfreiheit unter freiem Himmel und das Recht auf Aufmärsche in geschlossener Ordnung.

Zum Schluß heißt es:

„Mit diesen Herren handelt man nicht, sie müssen behandelt werden nach großdeutschen Gesetzen und Lebenswillen".

An anderer Stelle des „Völkischen Beobachters" wird erklärt: Die Verbote der drei Länderrregierungen seien widerrechtlich und eine Herausforderung des Kabinetts von Papen. Der Reichsinnenminster werde sich wohl klar geworden sein, daß es hier gilt, die Autorität des Reiches durchzusetzen. Es sei unmöglich, daß ein deutsches Gericht eine Strafe auf Grund von Ländererlassen aussprechen könnte, die der Reichsgesetzgebung direkt widerspricht.

Der „Angriff" fordert vom Reichsinnenminister die sofortige Sperrung der Polizeikostenzuschüsse an Bayern, Württemberg, Baden und Preußen.

Die Entwicklung geht rasch in jener Richtung, die wir hier voraussagten: jede Konzession der Papen-Regierung an die Nationalsozialisten steigert dessen Ansprüche von neuem. Zuleich enthüllt sich immer klarer der provisorische Charakter der Papen-Regierung. Auch das Zentrum wird immer agressiver. Der Leitartikel der „Germania" schließt mit den folgenden Worten:

„Aus alledem ergibt sich nur das eine Gute: der neue Kurs wird immer klarer, und immer deutlicher wird die Tatsache sichtbar, wie sehr die Nationalsozialisten ihm gebend verbunden und nehmend verpflichtet sind. Diese Klarheit ist zu begrüßen; das andere wird die Reichsregierung zu verantworten haben."

Was da vor sich geht, ist klar: Es wäre kindisch und verbecherisch geradezu, wenn aus solchem Verhalten des Zentrums die sozialdemokratische Illusion von dem Zentrum als Schutzwall gegen den Faschismus genährt würde. Das Zentrum will nichts, als seine bedrohte politische Schlüsselstellung wieder gewinnen im bürgerlichen Unterdrückungsapparat. Bereit, mit den Nazis zusammenzugehen — wie Brüning mehrfach erklärt hat — sträubt es sich mit politischem Selbsterhaltungstrieb gegen die Alleinherrschaft der Nazis. Die Nazis aber müssen aus dem gleichen politischen Selbsterhaltungstrieb heraus, die unbedingte Alleinherrschaft. Und die Regierung Papen, die so stolz verkündete, sie werde 4 Jahre regieren? — Sie wird von beiden Seiten als Objekt und Werkzeug jener Wünsche angesehen, und die unvermeidliche Logik dieser Entwicklung wird sein Ende bringen.

Die einzigen, die diese Entwicklung durchkreuzen können, sind die deutschen Proletarier, die mit ihrer Kraft, und nur mit ihrer Kraft diesen Kampf der bürgerlichen Fraktionen zum

Sieg der proletarischen Revolution

wenden können, wenn sie ihre Organisationen geschlossen einsetzen zu diesem Ziel!

Bayern hält Uniformverbot aufrecht

München, 17. Juni 1932.

Amtlich wird gemeldet:

Der Herr Reichspräsident ist bei der Aufhebung des bisherigen Uniformverbots von der Erwartung ausgegangen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Die bayerische Staatsregierung konnte diese Erwartung von vornherein nicht teilen. Sie wollte aber zunächst die Entwicklung abwarten und sich nur vorbehalten, zur Vermeidung von Ausschreitungen beschränkende Vorschriften über das Uniformtragen für bestimmte Anlässe ins Auge zu fassen. Die heutigen empörenden Vorgänge im Landtag, die sich unmittelbar gegen den Fortbestand der verfassungsmäßigen Einrichtungen und des Verfassungslebens in Bayern richten, zwingen aber die Staatsregierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande zu gewährleisten. Sie hat sich deshalb entschlossen, auf Grund des Landespolizeirechts das Tragen von Parteiuniformen bis zum 30. September d. Js. für das ganze Land Bayern zu verbieten. Von der friedliebenden Bevölkerung wird erwartet, daß sie die Bemühungen der Staatsregierung um die Sicherstellung des inneren Friedens mit allen Kräften unterstützt.

Auch Württemberg verbietet Aufmärsche

Stuttgart, 17. Juni 1932

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß das staatliche Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel von der neuen Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen nicht berührt werde.

Zur Frage des Uniformverbotes verlautet, daß Württemberg nicht beabsichtige, in ähnlicher Weise wie Bayern und Baden ein Uniformverbot von Landes wegen durchzuführen, sondern, daß es vorerst bei der Reichsregelung bleibe.

Vor einer Reichsaktion?

TU. Berlin, 17. Juni 1932.

Das Reichsinnenministerium hat sich mit den Länderregierungen in Verbindung gesetzt, um festzustellen, auf Grund welcher Bestimmungen die Länder im Zusammenhang mit der politischen Notverordnung des Reiches Maßnahmen ergriffen haben. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, stützt sich das Bayerische Demonstrationsverbot auf Artikel 123/2 der Reichsverfassung. Eine reichsrechtliche Regelung, beispielsweise hinsichtlich des Uniformverbotes, gebe es nicht. Wie die Rechtsverhältnisse in Baden liegen, könnte heute noch nicht mitgeteilt werden.

Neuer Umsturz in Chile

New York, 17. Juni 1932.

Nach amerikanischen Blättermeldungen aus Santiago de Chile ist dort am Donnerstag abend eine Gegenrevolution ausgebrochen. Der Aufstand begann, als eine Offiziersabordnung den Regierungspalast betrat, um den Regierungschef Grove zu sprechen. Grove hatte das Regierungsgebäude bereits vorher mit Maschinengewehrabteilungen, Kavallerie und Infanterie besetzen lassen. Als Infanterie aus San Bernardo in Santiago eintraf, kam es zu den ersten blutigen Zusammenstößen. Gegen Mitternacht machte die Stadt den Eindruck eines Kampffeldes. Maschinengewehrgeknatter versetzte die Bevölkerung in große Aufregung, zahlreiche Leuchtkugeln wurden abgeschossen. Nach einer weiteren amerikanischen Meldung aus Santiago haben die Gegenrevolutionäre den Sieg errungen. Es ist bereits eine neue Regierung gebildet worden, angeblich unter der Führung eines hohen Marineoffiziers.

Davila wieder oben

TU. New York, 17. Juni 1932

Nach einer weiteren amerikanischen Meldung aus Santiago de Chile ist die neue Regierung bereits gebildet. Ihr gehören an: Davila, Major Merino Benitez, der frühere Chef des Heeresflugwesens, Georg Alessandri, der Sohn des früheren Präsidenten und Admiral Jouanne. Die neue Junta beauftragte den Garnisonkommandanten, General Moreno, die Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten. **Die bisherigen Junta-Mitglieder wurden unter scharfer Bewachung an die argentinische Grenze abgeschoben.**

*

Das gestürzte Direktorium, das sich nur einer Herrschaftszeit von wenigen Tagen erfreute, wird jetzt ganz allgemein als „sozialistisch-kommunistisch" deklariert. Eine solche Bezeichnung ist zweifellos nicht zutreffend, die antikapitalistischen Erklärungen bezogen sich nur auf das Auslandskapital, das mittels des formell wohl staatlichen, aber ganz und gar vom nordamerikanischen Finanzkapital beherrschten Salpetertrusts und dem Kupfertrust das ganze Wirtschaftsleben des Landes beherrscht. Mit weit mehr Recht konnte man diese Regierung als eine typisch nationalsozialistische bezeichnen. Wenn man sie trotzdem des Kommunismus verdächtigte, so mit dem durchsichtigen Grunde, die Gegenbewegung ungestörter durchführen zu können. Wo deren Kräfte zu suchen sind, steht darum außer Zweifel: es ist das nordamerikanische Trustkapital, das sich möglicher Gefahren dadurch zu entziehen versucht, daß es eine ihm willfährigere Regierung einsetzte, wobei es einfach nach dem in Südamerika bekannten Rezept verfuhr, daß es Truppenteile mit Geldzuwendungen und Versprechungen für seine Zwecke einspannte. Mit einer solchen Gegenaktion war vom ersten Augenblick an zu rechnen. Ueberraschend ist höchstens die Schnelligkeit, mit der sie erfolgte, was offenbar aus dem Umstand zu erklären ist, daß man mit einer raschen Radikalisierung der Bewegung rechnete.

Der Sieg der Gegenrevolution ist aber — das kann schon heute gesagt werden — nur ein neues Zwischenspiel in dem großen Ringen, dessen Anfang der Umsturz der Welt signalisiert hat. Chiles Wirtschaftsgefüge steht wie das der meisten südamerikanischen Staaten vor dem völligen Zusammenbruch, und was immer die neue Regierung unternehmen mag — in dieser Entwicklung gibt es kein Halt. Ein Ozean ist dort in Bewegung geraten, dessen Wogen niemand zu bändigen vermag, es sei denn das auch in Chile erwachende sozialistische Proletariat.

Geschenk an das Auslandskapital

TU. Santiago (Chile), 17. Juni 1932

Die neue Regierung gab bekannt, daß sie einen Ausschuß eingesetzt habe, der die Frage der beabsichtigten Devisenbeschlagnahme untersuchen solle. Der Ausschuß wird die Untersuchung in 1½ Monaten durchführen. Die Beschlagnahme wird solange ausgesetzt.

Waldhof

Ein Nachwort von Georg Steinfeld

Der Prozeß um die Fürsorgeanstalt Waldhof ist nunmehr abgeschlossen. Zwar kann jeder rechtlich Denkende nur den Kopf schütteln über soviel Verstehen und Milde, wie das Gericht hier wieder einmal gegenüber den angeklagten Bestien in Menschengestalt hat walten lassen, und über soviel Unverstand und Herzensroheit, die es gegenüber den Opfern bekundet hat, die solcher „Fürsorgeerziehung" anvertraut worden sind und auch in Zukunft noch anvertraut werden. Denn es besteht wenig Aussicht, daß sich in Kürze die Verhältnisse grundsätzlich ändern werden. Sie sind ja nur ein Ausdruck und eine Seite unserer herrlichen Gesellschaftsordnung, und solange diese nicht durch eine vernünftige und menschenwürdige Ordnung ersetzt ist, besteht wenig Hoffnung auf Besserung.

Die Kinderverwahrlosung ist in erster Linie ein gesellschaftliches Problem, wie schon ein nur oberflächlicher Blick in die Statistik erweist, die das Rekrutierungsgebiet der unglücklichen Jugendlichen aufhellt. Die durch die kapitalistische Produktionsweise am einschneidendsten und härtesten von der Zersetzung und Zerstörung betroffene proletarische Familie bildet in den allermeisten Fällen die Ursache dieses sozialen Schadens, und die Fürsorgeerziehung ist nur eine Schutzmaßnahme der Gesellschaft gegen ihre eigenen Verfallsprodukte. Uneheliche Geburt, wirtschaftliche Not, Wohnungselend, Trunksucht der Eltern usw. finden wir als Untergrund des familiären Milieus, aus dem die meisten Fürsorgeinsassen sich rekrutieren. Um das Gewissen zu salvieren, die Verantwortung für solche Schande abzuwälzen, wird hier eine gesellschaftliche Pflichtvergessenheit in die Theorie vom freien Willen des einzelnen umgebogen, und mit der Schuld der gestrauchelte Arme selbt belastet.

Auf solch oberflächlicher Auffassung über die Ursache der Jugendverwahrlosung baut sich dann das System der Fürsorgeerziehung auf: Der begangene Rechtsbruch wird mit harter Strafe gesühnt. Wo vernünftige Erziehung helfen sollte, da tritt Vergeltung, Zwang und Mißhandlung an ihre Stelle und macht das Uebel schlimmer. Statt an den Menschen im Zögling zu appellieren, durch einsichtsvolle Behandlung die Arbeits- und Schaffensfreude in ihm zu wecken, den Zwang durch Freiwilligkeit zu überwinden, den Abtrünnigen und Verlorenen geläutert und geheilt der Gesellschaft wiederzugeben und ihn zu assimilieren, wird durch unmenschliche Quälereien neuer Widerstand erzeugt, die Empörung aufgestachelt und schließlich auch der letzte Rest des Guten ertötet. Neben die harte äußere Zucht tritt dann noch als Ergänzung frömmelnde Heuchelei und patriotische Phrase, aber alle haben sie nur den einen Erfolg, den Zögling gefügig zu machen, seinen Willen zu brechen und seinen Charakter zu korrumpieren.

Waldhof ebenso wie Scheuen und die anderen Fürsorgeskandale vorher sind nicht Einzelerscheinungen besonders schlechter Anstalten und besonders ungeeigneter Erzieher — kein Wort der Entschuldigung für diese Menschenschinder mit einer Hunnengesinnung —, sie sind nur immer wiederkehrende Erscheinungen eines durchaus brüchigen Systems. Und wenn auch in unserer Klassengesellschaft niemals eine wirkliche Heilung und Besserung, eine wahre Erziehung zur Menschlichkeit erfolgen kann, so wären doch gewisse Milderungen möglich. Voraussetzung dafür allerdings wäre bei den maßgebenden Stellen zunächst die Einsicht, daß die Verwahrlosung nicht in erster Linie der bösen Neigung und dem verbrecherischen Hang des Zöglings entspringt, sondern im Elendsmilieu der häuslichen Verhältnisse begründet ist, und dann das Bestreben, die Entgleisten auf ein höheres soziales Niveau zu heben. Dann wird man die Opfer nicht mehr in abgeschlossene Anstalten mit Gefängnischarakter sperren, sie nicht in Sträflingskleidung stecken, mit menschenunwürdigen Strafen peinigen und mit monoton pietistischer Langeweile drangsalieren, sondern durch Selbstverwaltung das Selbstgefühl wachrufen, Lebensfreude erzeugen und das erzieherische Interesse am Zögling über das materielle der Anstalt stellen. Man macht sich aber nur lächerlich, wenn man, wie es im vorigen Landtag geschah, durch einen Antrag auf formale verwaltungstechnische Umorganisation ein so schwieriges Problem lösen will.

Sieg der Unvernunft

Schwere Strafen im Sterilisationsprozeß

Offenburg, 17. Juni 1932.

Nach wochenlanger Verhandlung verurteilte das Offenbacher Schwurgericht drei Aerzte zu schweren Strafen.

Der angeklagte Medizinalrat und frühere Bezirksarzt Dr. Karl Merk wurde wegen Abtreibung zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die angeklagte Frau Dr. Paula Bauer erhielt wegen Abtreibung in Tateinheit mit fahrlässiger und gefährlicher Körperverletzung eine Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis und der angeklagte Dr. Julius Weber eine Gesamtstrafe von sechs Wochen Gefängnis. In den übrigen Fällen wurden die Angeklagten freigesprochen.

In der Urteilsbegründung heißt es zu der Frage der sozialen Indikation, die in der Verhandlung eine große Rolle spielte, daß die wirtschaftliche Lage einen Zustand darstelle, der sich jederzeit ändern könne (!), darum sei die Sterilisation nur in äußersten Notfällen aus sozialen Gründen erlaubt.

Das Urteil und die Urteilsbegründung beweisen wieder einmal, daß die deutschen Gerichte der Not proletarischer Frauen — nur um solche handelte es sich in dem Prozeß — mit völliger Verständnislosigkeit gegenüberstehen, daß sie von der sozialen Not in der deutschen Gesellschaft nicht die geringste Ahnung haben, und nur ihre reaktionär-mittelalterlichen Moralbegriffe aufrecht erhalten wollen, auch wenn eine Welt und Tausende von Existenzen darüber zugrunde gehen. Die Reaktion der bürgerlichen Richterkaste hat sich in Offenburg wieder einmal in hellstem Lichte gezeigt.

Geist Leo als Zeuge

Wien, 17. Juni 1932

Im Matuschka-Prozeß trat in der gestrigen Verhandlung der Kaufmann Leo Schabenski als Zeuge auf, der mit dem Geist Leo identisch sein dürfte, von dem Matuschka mehrfach gesprochen hat. Er berichtet, was ihm über das Attentat von Jüterbog bekannt ist. Eines Tages habe ihm Matuschkas Frau gesagt, ihr Mann sei verschwunden. Unerwartet erschien er jedoch wieder und erklärte, er sei in Berlin gewesen. „Er machte auf mich einen merkwürdigen Eindruck nach dieser Rückkehr", erklärt der Zeuge.

„Er schien vollkommen verstört und aschgrau.

Ich fragte ihn: „Was ist Ihnen in Deutschland passiert?" „Etwas Schreckliches", erwiderte er, streifte seine Hose empor und zeigte mir sein vollkommen geschwärztes Bein. Was mit ihm geschehen war, wollte er nicht sagen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was der Angeklagte zu der Zeugenaussage zu sagen habe, erklärte er:

„Es ist alles richtig"

Die als Zeugin vernommene Frau Matuschka betont immer wieder, daß ihr Mann ein Narr sei. Zu erregten Szenen kommt es, bevor die Frau den Saal verläßt. Matuschka, der bisher ziemlich interesselos der Vernehmung zugehört hat, springt plötzlich auf und macht seiner Frau eine Liebeserklärung. „Du warst die erste, die mich geliebt hat, nur du allein bist auch heute noch in meinem Herzen. Das soll die ganze Welt wissen." Als sie sich zum Gehen wendet, rutscht Matuschka auf der Bank zu ihr. Er ergreift ihre Rechte, die er küßt, worauf sie ihm mit der Hand weinend über das Gesicht streicht. Frauen im Zuschauerraum weinen. Der Gerichtshof hindert entgegen aller Gepflogenheit diesen Abschied nicht.

Das Urteil wird im Laufe des heutigen Tages erwartet.

Suff schützt vor Strafe

Aber nur Nazis

Danzig, 17. Juni 1932.

In dem Prozeß gegen den nationalsozialistischen Schirrmeister Martin Rudzinski, der im Verlaufe eines Streites in Neuteich in betrunkenem Zustande den

sozialdemokratischen Stadtverordneten Franz Gruhs erschossen

hatte, wurde nach mehrtägiger Verhandlung Freitag mittag das Urteil gefällt. Rudzinski wurde unter Freisprechung von der Anklage des Totschlages lediglich

wegen gefährlicher Körperverletzung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Strafe gilt durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt. Die beiden mitangeklagten Nationalsozialisten, der Elektrotechniker Georg Schwarz und der Friseur Herbert Samulewitz, die bei dem Streit beteiligt waren, wurden freigesprochen, da sie in Not wehr gehandelt hatten.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß dem Angeklagten nach dem Gutachten des psychiatrischen Sachverständigen der § 51 zuzubilligen sei, weil die Tat in einem psychopathischen Alkoholrauschzustand begangen wurde.

Wieder einmal ein unerhörtes politisches Tendenzurteil eines „nationalsympathischen" Gerichts. Die Edlen der Nation, die Deutschland befreien wollen, brauchen nur verrückt zu spielen, um ungehindert morden zu können. Und das Leben eines Sozialdemokraten ist vogelfrei!

Felseneck-Prozeß aufgeflogen

Berlin, 17. Juni 1932.

Im Felseneck-Prozeß kam es wiederholt zu heftigen Zwischenfällen, so daß die Verhandlung vorzeitig abgebrochen werden mußte.

Der Antrag auf sofortige Freilassung der angeklagten Kolonisten wurde vom Gericht unter dem Vorwand abgelehnt, daß über das Inkrafttreten der vom Strafrechtsausschuß des Landtages beschlossenen Amnestie noch keine endgültige Entscheidung gefallen sei.

Ebenfalls abgelehnt wurden die Beweisanträge Rechtsanwalt Littens, weitere Zeugen zur Aufklärung des Falles Oldenstädt-Greven zu laden.

Eine Schlappe zog sich das Gericht insofern zu, als es als wahr unterstellen mußte, daß

ein Polizeioffizier den Polizeiwachtmeister Oldenstädt während der Mittagspause an einem Sitzungstage geraten habe, seine Aussage über den Vorfall mit der Pistole abzuändern!

Sachliche Fragen eines Verteidigers der Kolonisten wurden vom Vorsitzenden zurückgewiesen. Ueber die unerhörte Art der Verhandlungsführung kam es wiederum zu so erregten Debatten, daß die Sitzung aufflog.

Das Buch

Panait Istrati: Freundschaft oder ein Tabaksladen*)

Panait Istratis Geschichtenband „Freundschaft oder ein Tabaksladen" vermittelt gute Eindrücke des südlichen Lebens zwischen Rumänien, Aegypten und Griechenland. Die einzelnen Erzählungen sind temperamentvoll geschrieben, in flüssigem, angenehmem Stil. Uns geht besonders die zweite Erzählung „Der Schwammfischer" an, die tiefe soziale Eindrücke wiedergibt.

Eines vermissen wir: der sozialistische Ausweg aus dem Wirrwarr des heutigen sozialen Lebens wird nicht gezeigt. Istrati ist ein Bürger, der zwar soziales Empfinden besitzt, aber kein Sozialist. Trotzdem soll man dieses Buch lesen; für den geschulten Arbeiterleser ist es ein Gewinn.

Bühne von links gesehen

„Im weißen Rößl"

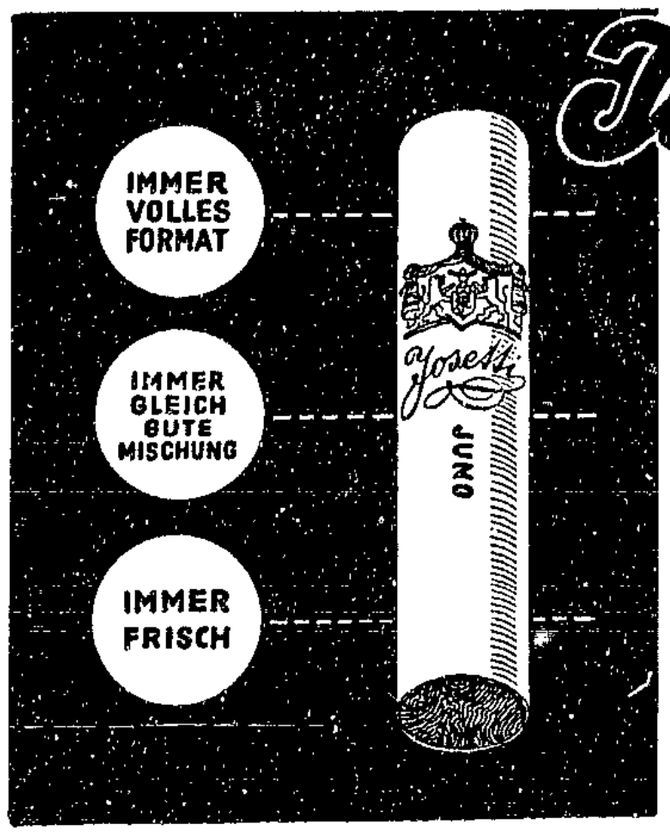
Zentraltheater

Abseits vom „großen Betrieb", im Zentraltheater, kämpft ein begabtes Künstlervölkchen den schweren Kampf um seine Existenz. Das von seinem Direktor im Stich gelassene Kollektiv arbeitet auf eigene Faust und bringt es zu ansehnlicheren Leistungen als man eigentlich erwartet. Sie bringen zwar nichts Neues, das uralte (und jetzt wieder moderne) „Weiße Rößl" steht auf dem Programm, sie bringen den urkomischen Schwank mit viel Geschick und Geschmack. Und das Stammpublikum des Theaters und des Ensembles freut sich und ist sehr zufrieden und spendet rege Beifall.

H. H.

*) Verlag Rütten und Loening. Frankfurt am Main. 194 Seiten. Preis geb. 3 Mark.

Wer sich schützt zur rechten Zeit,
bleibt bewahrt vor Angst und Leid.
Nimm Frommsdorf gegen Infektion!



Juno hat ihre eigene Note,
das wissen alle Junofreunde!
Zur Wahrung ihrer Eigenart, die in sorgfältigster Mischung bester Tabake liegt, verzichtet
JUNO
auf Zugabe von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien.
Juno wirbt nur durch sich selbst!

Bezirk Westfalen-Süd

Sonntag, 19. Juni, 10 Uhr, in Dortmund im Volkshaus I., Kampstraße 88 (Zimmer 2),

außerordentlicher Bezirksparteitag.

Tagesordnung:

1. Die Bedeutung der Reichstagswahl für das Proletariat; Referent Gen. Zölling;
2. Organisation und Finanzierung des Wahlkampfs;
3. Aufstellung der Kandidaten;
4. Verschiedenes.

Die Ortsvereine (Ortsgruppen) entsenden auf je 20 angefangene Mitglieder einen Delegierten. Es können jedoch der Kostenersparnis wegen die Stimmen einer Ortsgruppe auf einen Delegierten übertragen werden.

Außer den Delegierten hat jedes Mitglied gegen Ausweis (Mitgliedsbuch) Zutritt.

Die Bezirksleitung.

Nürnberg

Der Sozialistische Jugendverband nahm in einer Mitgliederversammlung Stellung zu der durch die Einsetzung der Papenregierung außerordentlich zugespitzten politischen Lage und der damit verbundenen Kriegsgefahr. Die Politik der Regierung gipfelt in einem bevorstehenden Militärbündnis mit dem „Erbfeind" zum Zweck eines Ueberfalls auf die Sowjetunion. In dieser Situation steht die Arbeiterschaft vor der historischen Aufgabe, gemeinsam den Faschismus zu schlagen, die proletarische Revolution siegreich durchzuführen. Mehr denn je erfordert die politische Situation die Konzentration aller revolutionären Kräfte, den Einsatz des gesamten Proletariats. Die proletarische Jugend hat die Aufgabe, durch klare kommunistische Grundsätze die gesamte proletarische Jugend zu formieren und zum Kampf zu führen. Die Diskussion ergab die Kampfbereitschaft aller Mitglieder für die kommenden Auseinandersetzungen.

Frankfurt a. M.

Wer verhindert die Einheitsfront? Im Frankfurter Stadtteil Riederwald hatte der SJV die Initiative zur Bildung der Einheitsfront unter der Jugend ergriffen. Zu einer Besprechung, zu der der SJV eingeladen hatte, erschienen Genossen vom KJV, SAJ, FGJ und SJV. Die Genossin Wassermann vom SJV legte in kurzen Zügen die Notwendigkeit der Einheitsfront dar und bekam die Zustimmung von allen Genossen. Ein Jugendkomitee wurde gebildet, in das alle beteiligten Organisationen (SAJ, SJV, KJV) Vertreter entsandten. Zwei Genossen von der Gewerkschaftsjugend beteiligten sich inoffiziell an dem Komitee. Dieses Komitee sollte die weiteren Vorarbeiten leisten zur Einberufung einer gemeinsamen Mitgliederversammlung und einer großen öffentlichen antifaschistischen Jugendversammlung. Darauf sollte sich die weitere gemeinsame Arbeit aufbauen. Eine Sitzung dieses Komitees beschloß diese Versammlung und nahm eine Resolution an, die die Grundlage unserer Arbeit darlegt und zugleich einen Aufruf darstellt an die proletarische Jugend Groß-Frankfurts und an die erwachsene Arbeiterschaft, nun endlich in letzter Minute die Einheitsfront zu verwirklichen. Soweit waren unsere Vorarbeiten gediehen. Wir hatten allerdings die Rechnung ohne den Zentralvorstand der SAJ gemacht. Als er davon hörte, funkte er sofort dazwischen. In einer Funktionärversammlung der SAJ ließ der ZV beschließen, daß Einheitsfrontangebote nur an die Zentrale der SAJ gerichtet werden könnten. Dies wurde in den Vordergrund geschoben, aber in Wirklichkeit dokumentierte die SAJ-Führung damit nur ihren Willen, die Einheitsfront nicht zustande kommen zu lassen, zumal hier die Voraussetzungen für eine wirklich überparteiliche Einheitsfront gegeben waren. Wir geben unseren Kampf natürlich nicht auf, die Riederwalder SAJler sicher auch nicht. Ueber alle Hindernisse hinweg muß die Einheitsfront Wirklichkeit werden.

Schupo prügelt einen Blinden. Vor einem Lebensmittelgeschäft spielte sich ein empörender Vorfall ab. Ein Blinder mit Hund stand da und bot Streichhölzer feil. Aber das „Auge des Gesetzes" wachte und der Verkehrsschupo eilte auf den Blinden zu und wollte ihn mit auf die Wache nehmen. Anscheinend hat sich der Blinde geweigert, denn der Hüter der Ordnung wurde resolut und wollte ihn mit Gewalt entfernen. Da stellte sich der Hund gegen ihn. Es kam Verstärkung. Mit vier Schupos wollte man den Blinden nun entfernen. Das gelang immer noch nicht. Und jetzt kam der Höhepunkt: vier Gummiknüppel der republikanischen Polizei sausten als „Dank des Vaterlandes" auf ihn nieder. Der Blinde fiel und blutete. Ein Wagen der Schupo kam mit nochmaliger Verstärkung, und erst jetzt gelang es, den Blinden auf das Polizeiauto zu bringen. Die Menge, die sich inzwischen angesammelt hatte, brach in laute Pfuirufe über solche Methoden der preußischen „Volkspolizei" aus.

Duisburg-Hamborn

KPD-Leitung sabotiert die Einheitsfront. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß die KPD-Führung trotz der ernsten Situation ihr Parteiinteresse über das Klasseninteresse stellt, so wurde dieser Beweis in zwei am 9. und 13. d. Mts. abgehaltenen Sitzungen erbracht. Die SAP hatte zu einer gemeinsamen Besprechung aller Arbeiterorganisationen zwecks Bildung eines Arbeiterblocks eingeladen. Die Vertreter aller erschienenen Organisationen, auch Funktionäre der KPD, hielten die sofortige Bildung eines gemeinsamen Aktionsauschusses für unbedingt erforderlich. Die Beauftragten der KPD dagegen versuchten, das zu hintertreiben. Die Besprechung am 9. d. Mts. wurde auf den 13. vertagt, um der KPD-Leitung die Möglichkeit zu geben, mit ihrer UB.-Leitung erneut Fühlung zu nehmen. Aber auch in der Sitzung am 13. zeigte sich klar und deutlich, daß die Führung der KPD die Einheitsfront nicht will, so daß, als der Antrag gestellt wurde, diejenigen, welche die Bildung des Arbeiterblocks nicht wollten, möchten den Saal verlassen, wohl die Führer, aber nicht die Funktionäre der KPD gingen. Nunmehr wurden aus den verschiedensten Arbeiterorganisationen je zwei Vertreter in den Aktionsausschuß gewählt. Die Genossen der KPD wollten ebenfalls offiziell diesem Ausschuß angehören. Hiervon wurde jedoch Abstand genommen, damit diese Genossen nicht durch Ausschluß aus der KPD von ihren Mitgliedern getrennt würden. In der Sitzung am 9. wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die heute am 9. 5. tagende Versammlung von Vertretern der verschiedensten proletarischen Organisationen verurteilt aufs schärfste das vom Berliner Polizeipräsidenten verfügte Verbot der „SAZ". Die Versammelten erblicken in diesem Verbot einen Schlag gegen die gesamte Arbeiterbewegung."

Faschistenterror schmiedet rote Einheitsfront

Nazi-Reinfall in Anspach

Anspach, 17. Juni 1932.

Fast ein ganzes Jahr haben die Nazis vergebens versucht, in das rote Anspach einzubrechen. Ein ganzes Jahr wurden ihnen durch die Gastwirte die Lokale verweigert, bis sich endlich unter dem Druck einzelner Bürger der Gastwirt Otto Ernst bereit erklärte, sein Lokal zur Verfügung zu stellen. Jetzt glaubten die Nazis, ihr Ziel erreicht zu haben.

Am Sonntag mittag sollte die erste Versammlung abgehalten werden. Mit Sang und Klang zogen

200 bis 250 uniformierte Hitlerleute

in Anspach ein. „Straße frei für die braunen Bataillone!" forderten sie. Der Saal war von lauter SA-Mannschaften besetzt, so daß Versammlungsbesucher fast nicht mehr hineingegangen wären. Als der SPD-Bürgermeister Becker und einige seiner Genossen in das Lokal wollten, wurde ihnen Eintrittsgeld abverlangt. Auf den Hinweis dieser Genossen, daß doch auf den Einladungszetteln davon gar nichts vermerkt gewesen sei, kam es zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Nazis ihre SA zur Aktivität aufforderten. Sofort begann der

Angriff auf die SPD-Genossen

Heinrich Schneider, Adolf März und Bürgermeister Becker. Während der Bürgermeister mit einer leichten Verletzung davon kam, erlitten die beiden anderen schwere Kopfverletzungen.

In diesem Moment zeigte sich die außerordentlich erfreuliche Tatsache, daß alle Arbeiter Anspachs, ohne Parteiunterschied, geeint gegen die braune Mordbande kämpfte.

Nur dem Polizeischutz und dem Erscheinen des Ueberfallkommandos hatten es diese Burschen zu verdanken, daß sie so glimpflich davongekommen sind. Die Versprengten der Nazis, die man auf der Flucht erwischen konnte, wurden kräftig vermöbelt.

Ein großer Teil dieser Helden war über Feld und Wiesen flüchtig gegangen.

Besonders schlecht erging es dem Referenten, den man solange mit den Waffen, mit denen diese Banditen selbst zu kämpfen pflegen, bearbeitete, bis er auf dem Straßenpflaster liegen blieb.

Mit dem Einbruch der Nazis in Anspach war es diesmals also nichts, ob sie es ein zweites Mal versuchen werden, bleibt abzuwarten. Auf alle Fälle muß sich die Einheitsaktion der gesamten Anspacher Bevölkerung auf dieser Kampfbasis erweitern. Dieser Fall hat vielleicht SPD und KPD in Anspach gezeigt, daß ihre seitherige Rote-Front- und Eiserne-Front-Politik falsch gewesen ist. Nur der Weg, den die SAP zeigt, ist der richtige:

Klassenfront auf überparteilicher Grundlage.

Wir sind gespannt, ob beide Parteien gelernt haben. Wir erinnern sie an den Vorschlag unseres Genossen Müller vor zwei Jahren, der damals die Bildung eines Aktionsausschusses gegen den Faschismus forderte. Damals hat die SPD mit der Begründung abgelehnt, daß unser Plan verfrüht wäre. Die Antwort der KPD strotzte nur so von persönlichen Verleumdungen des Genossen Müller. Wir bemerken das nicht deshalb hier, um beiden Flügelparteien eins auszuwischen und auf die Richtigkeit unserer Taktik zu pochen, sondern nur, um SPD und KPD vor Weiterführung ihrer seitherigen Politik zu warnen.

Wir werden jetzt erneut den Antrag auf Bildung eines Aktionsausschusses stellen, dann werden SPD und KPD beweisen müssen, ob sie es mit der Einheitsfront ehrlich meinen. Diese Arbeit zu schaffen, ist die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei. Und deshalb müssen auch die Werktätigen von Anspach sich der SAP anschließen und ihre Presse lesen.

Dortmund-Hörde

Die Mitgliederversammlung der SAP, Ortsgruppen D.-Hörde und D.-Aplebeck nahm einen Bericht des Genossen Schnur, Dortmund, vom Parteitag entgegen. Es wurde nachstehende Resolution angenommen: „Die Ortsgruppe D.-Hörde und D.-Aplebeck begrüßen es, daß der Parteivorstand die parteischädigende Tätigkeit der Genossen Rück, Düby usw. durch die Herausgabe einer eigenen Zeitung mit Energie bekämpft und unterdrückt hat. Die Ortsgruppen sind der einheitlichen Ueberzeugung, daß die innerparteiliche Demokratie und Diskussionsfreiheit in der Partei unter allen Umständen gewahrt werden muß und stellen sich daher geschlossen auf den Boden der Erklärung der Genossin Anna Siemsen. Sie lehnen es ab, in dieser Erklärung den Ausdruck einer Richtung zu sehen. Sie sehen in der Erklärung, und nur so ist sie von den Unterzeichnern aufgefaßt worden, eine Aktion zu dem Zweck, die innerparteiliche Demokratie und Diskussionsfreiheit unter allen Umständen zu erhalten. Die Ortsgruppen billigen die Unterzeichnung der Erklärung durch die Vertreter des Bezirks Westfalen-Süd. Die Ortsgruppen sind der Auffassung, daß die SAP, wenn sie ihre geschichtliche Aufgabe lösen will, zu einer revolutionär-sozialistischen Massenpartei werden muß. Diese aber kann sie nur werden, wenn sie jede sektiererischen Tendenzen ablehnt und im Rahmen der Grundsätze der Partei möglichst große Meinungsfreiheit gestattet. Nur über eine große sozialistische Arbeiterpartei führt der Weg zur Einheitsfront des Proletariats."

Kelbra

Was lehrt die Affäre Walter? Vor etwa Jahresfrist stellte die Bezirksleitung Halle/S. der KPD an die Spitze ihrer Bauernorganisation den „Bauernführer" Walter. Da er nach der Art gerissener Bauernfänger arbeitete, hatte er auch ganz ansehnliche Erfolge zu verzeichnen. Vor allem im Kyffhäusergebiet baute er eine Bewegung auf, die angeblich vorbildlich für das ganze Reich war. Jedenfalls wurde mit Resolutionen nicht gegeizt. Kein Wunder, daß Walter der vergötterte Liebling aller Kommunisten im Bezirk Halle war. Obwohl sehr bald das ziemlich lange Strafregister Walters, bestehend aus Unterschlagung, Betrug usw., sowie auch seine sehr kunterbunte politische Vergangenheit bekannt wurden, kam seine Position bei der KPD nicht ins Wanken. Erst dann, als er auch vor der ihm anvertrauten Kasse nicht halt machte, flog er in hohem Bogen aus der KPD und dem Reichsbauernbund hinaus. Und nun ist er natürlich ein Polizeispitzel, Betrüger, Verräter usw. Auch nach dem Staatsanwalt wird laut gerufen. Nunmehr hat Walter in einem Brief an die Staatsanwaltschaft Halle eine ganze Anzahl führender KPD-Funktionäre denunziert und sie u. a. des plammäßigen Waffenankaufs beschuldigt. Weiter hat er im hallischen Naziorgan vor einigen Tagen in einem groß aufgemachten Artikel alle diese Beschuldigungen wiederholt. — Was lehrt nun dieser Fall? Gewiß, keine Partei ist vor solchen Elementen unbedingt sicher. Aber in der KPD werden sie geradezu gezüchtet. Die Art, wie man hier Führer einsetzt, hat mit demokratischem Zentralismus nichts zu tun. Als Walter in seine gut bezahlte Funktion eingesetzt wurde, war er nicht einmal Mitglied der Partei. Jeder Ueberläufer wird in der KPD sofort in irgendeine bezahlte Funktion gesetzt, durch den Bezirk gejagt und auf die bedauernswerten Mitglieder losgelassen. Walter ist ja leider kein Einzelfall. Der Baron von Frankenberg wurde sofort nach seinem Uebertritt von den Nazis auf Versammlungstour geschickt. Auch er wurde alsbald der erklärte Liebling aller Kommunisten — und nach zwei Wochen erklärte er in einer kommunistischen Massenversammlung in Halle/S., in der er reden sollte, wieder seinen Uebertritt zu den Nazis. Mit Ertinger war es nicht anders. Kein Mensch kannte ihn, als er zum Chef des hallischen Konsumvereins gemacht wurde. Nach kurzer Zeit war er der Prominenteste im Bezirk. Nach dem Zusammenbruch machte er einen eigenen Laden auf und ließ die betrogenen Hallenser im Stich. — So könnte man die Liste noch beliebig fortsetzen. Doch genug damit. Der Fall Walter lehrt noch mehr. Die kommunistische Bezirksleitung schreibt jetzt: „Walter verstand es sehr geschickt, sich der Linie der Partei anzupassen", und an anderer Stelle: „...mit unmöglichen Versprechungen gelang es ihm, in wenigen Monaten neue Mitglieder für den Reichsbauernbund zu werben." Nun, liebe Bezirksleitung, diese „unmöglichen Versprechungen" — das war ja eben die offizielle agrarpolitische Linie der KPD. Wir haben in unzähligen Diskussionen mit den Funktionären der KPD diese opportunistische Politik bekämpft und kritisiert und auf die unausbleiblichen Folgen einer solchen Politik hingewiesen. Man versprach den Bauern und erwerbslosen Arbeitern Land in jeder beliebigen Größe unentgeltlich oder zumindest spottbillig. Das Land wollte man den Großagrariern, u. a. dem Roßlaer Fürsten enteignen, und zwar nicht erst im Sowjetstaat, sondern schon jetzt im kapitalistischen Staat. Dabei berief man sich nicht etwa auf die außerparlamentarischen Klassenkräfte, sondern wie die SPD auf die Reichsverfassung bzw. das Pachtschutzgesetz usw. Dabei kamen sich die Genossen von der KPD wunder wie revolutionär vor und begründeten diesen Unsinn mit Lenin- und Marxzitaten. Wir haben leider recht behalten. Die Bauern sind, enttäuscht von den nicht erfüllten Versprechungen, zu den Nazis gelaufen. Und die Bezirksleitung muß jetzt von dem bisherigen opportunistischen Unsinn abrücken. Scheinbar sind wieder die Mitglieder schuld. — Zum Schluß noch eine Parallele: die nationalbolschewistische Politik der KPD ist ein ähnlich opportunistischer Unsinn, nur daß ihre Auswirkungen für das Proletariat viel gefährlicher sind. Wann erfolgt hier der Kurswechsel?

Stützerbach

Sieg des Einheitsfrontwillens. Nun ist das große Werk der Einigung der Stützerbacher Arbeiterschaft doch noch gelungen, trotz aller Widerstände und Eiferslichteleien gewisser Kreise, die nur im Parteimaßstab denken und handeln können. Aber das ehrliche Wollen und Streben der Arbeiter nach Einigung und Verständigung über alle trennenden Parteigegensätze hinweg hat sich durchzusetzen vermocht, zielbewußt gefördert und vorwärtsgetrieben durch die kleine, aber energische SAP-Ortsgruppe, unterstützt von weitherzigen und klarblickenden SPD- und KPD-Genossen. Als sich unser letzter Bericht bereits im Druck befand, stellte sich heraus, daß Mißverständnisse die Einigungsverhandlungen unterbrochen hatten, daß aber der Wille zur Einheitsfront noch nicht gelähmt war. Und so kamen die Vorstandsmitglieder der SPD, KPD, SAP, der deutschen Freidenker und der Volkshilfe mit Feuerbestattung nochmals zusammen und das Resultat war die Aufstellung der „Einheitsliste der Stützerbacher Arbeiterschaft, Proletarischer Schulkampf" für die am 26. Juni stattfindende Elternbeiratswahl. Von der KPD wurde das etwas abgeänderte Kennwort übernommen, dafür erhielt die SPD die Spitzenkandidatur und zwei sichere Mandate, der KPD und der SAP wurden je ein sicheres Mandat zugebilligt. Es müssen in dem nun bald einsetzenden Wahlkampf unbedingt alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, damit die Einheitsliste der Arbeiterschaft nicht nur 4, sondern nach Möglichkeit 5 Mandate erobert. Wir teilen nachstehend die Namen der Arbeiterkandidaten mit: 1. Arthur Greiner, 2. Otto Rudolph, 3. Elsa Bahmann, 4. Robert Witthauer, 5. Franz von Nordheim, 6. Alfred Weiß, 7. Emmy Heinze, 8. Walter Ehrhardt, 9. Julius Weiß, 10. Albert Lutz, 11. Paul Greiner, 12. Marie Schrickel, 13. Otto Stuhl, 14. Karl Lindemann, 15. Max Siegmund. — Auch in anderen Fragen wurde eine Verständigung erzielt. So hält das Arbeiter-Kultur- und Sportkartell am kommenden Montag — nach Jahren — wieder eine Ausschußsitzung ab, in der seine Umwandlung in ein Einheitskartell erfolgen soll. Die Arbeiterparteien werden in diesem Kartell Sitz und Stimme erhalten, damit die letzten Hemmnisse, die der Errichtung einer unerschütterlichen Abwehrfront noch entgegenstehen, aus dem Wege geräumt werden können. — Einen bedeutungsvollen Auftakt zur kommenden Elternbeiratswahl bildete die letzte Elternversammlung, in der es der Arbeiterschaft gelang, den gesamten Wahlvorstand an sich zu reißen. Die Nazis, deren Anhänger anscheinend in kulturellen Fragen — wie sich ja von selbst versteht — vollständig desinteressiert sind, erlitten eine schwere Niederlage und versuchten durch sinnlose Einsprüche, alberne Redensarten und ellenlange Tiraden den niederschmetternden Eindruck wieder zu verwischen. Vergeblich! Die Stimmung der Arbeiter hob sich sichtlich, und dieser erste Sieg nach jahrelangen Enttäuschungen hat wohl auch die Bildung der Einheitsfront beschleunigt.

Sportschau der SAZ

Sportfest 18. bis 20. Juni in Raunheim a. Main

anläßlich der Weihe des Vereins-Stadions am Haßlocher Weg veranstaltet die Sportabteilung am Sonntag dem 19. d., ein kreisoffenes Sport-Meeting. Etwa 400 Wettkämpfer und 200 Spielleute.

Samstag, den 18. Juni, großer Festkommers im Festzelt. Auftakt dazu 4.30 Uhr. Jugend-Fußballspiel Raunheim—Urberach 8.00 Uhr großer Fackelzug. Stellplatz Bahnhofstraße, Ziel Festzelt. An der Ausgestaltung des Programms beteiligen sich die Sänger, Spielleute, Turner usw. Zum Abschluß findet ein Tanzspiel von ca. 60 Turnerinnen und Schülerinnen der Abt. Turner mit Gesang (Abt. Sänger) und Orchester (Freilicht-Aufführung) statt. Anschließend Tanz.

Sonntag, den 19. Juni, 5.30 Uhr, großer Weckruf. 6.30 Uhr Antreten der Kampfrichter auf der Kampfbahn. Wettkampfprogramm: Antreten der Wettkämpfer auf der Kampfbahn auf dem Stellplatz um 6.45 Uhr. 7.00 Uhr Beginn der Wettkämpfe aller Disziplinen bis 11.30 Uhr. 11.00—12.00 Uhr Platzkonzert der Spielleute (200) auf dem Dallen. Nachmittags 1.00 Uhr großer Festzug. Stellplatz Bahnhofstraße — Ziel Festplatz. Anschließend Aufmarsch sämtlicher Teilnehmer auf der Kampfbahn. Vorträge der Spielleute, Weiherede. Von 3.20 bis 4.20 Uhr Entscheidungskämpfe. Anschließend Fuß- und Handballspiele. Ab 4.00 Uhr Tanz im Festzelt.

Montag, 20. Juni, 10 Uhr, Frühschoppen-Konzert im Festzelt. 3.00 Uhr Umzug durch die Ortsstraßen nach dem Festplatz. Anschließend Volksfest und Kinderfest. 4.30 Uhr Fußballspiel Abteilung Sänger gegen Abt. Radfahrer. Ab 7.00 Uhr Tanz im Festzelt. — Die Eintrittspreise sind der Lage entsprechend niedrig gehalten. Dauerkarte mit Festbuch 60 Pf., Samstags 30 Pf., Sonntags 40 Pf. Festbuch 15 Pf. Erscheint in Massen — Raunheim erwartet euch!

Organisationsnachrichten

SAP Stettin: Keller, Klosterhof 27/28: Montag, 20. Juni, 20 Uhr, Zusammenkunft der Genossinnen (Genossen dürfen versuchsweise mitgebracht werden). — Mittwoch, 22. Juni, 20 Uhr, Bildungsabend. — Freitag, 24. Juni, 10 Uhr, Gewerkschaften und RGO. (Genosse Kahlbaum).

Aufmarsch gegen Hitler-Wahlkundgebung

Wochenlang schon ist die nationalsozialistische Presse angefüllt mit großen Siegesberichten über Wahlkundgebungen Hitlers, die Hitler persönlich in den letzten Wochen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands abgehalten hat. Da sich bisher gegenüber den Aufmarschen für Hitler die Arbeiterklasse in all den Orten passiv verhalten hat, ist bei manchem der Eindruck entstanden, als ob die Nazis allein die Straße beherrschen und als ob dort, wo Hitler erscheint, eine Gegenaktion des klassenbewußten Proletariats unmöglich ist.

Beweis dafür, daß das nicht richtig ist, haben am Montag, dem 13. Juni, die Mainzer Proletarier gebracht. Wo die Bildung des Kampfblocks der Arbeiterorganisationen auch nur ernsthaft in Angriff genommen wird, zeigt sich sofort gesteigerte Aktionsfähigkeit und Kraft der Arbeiterklasse und die Möglichkeit, die Wirkung des öffentlichen Einflusses der Faschisten zurückzudrängen.

*

Die Arbeiterschaft ließ sich durch das Verbot nicht davon abhalten, auf die Straße zu gehen. Schon während der Naziversammlung, die auf dem Sportplatz 05 stattfand, sammelten sich die Arbeiter in den Straßen der inneren Stadt. Mehrfach bildeten sich Demonstrationszüge, die die Internationale und andere proletarische Kampflieder singend durch die Straßen zogen, bis sie von der Polizei auseinandergetrieben wurden. Dabei erfolgten einige Verhaftungen. Das hinderte nicht, daß die Demonstrationen sich fortsetzten. Insbesondere die Große Bleiche füllte sich immer mehr mit Proleten. Tausende sangen und stimmten in die Rufe ein: „Nieder mit dem Faschismus!", „Es lebe die rote Einheitsfront!" u. ä. Als der Fackelzug der Nazis dann anrückte, wurde er mit stürmischen Pfuirufen und dem immer sich wiederholenden Ruf „Nieder mit dem Faschismus!" begrüßt. Der Gesang der Nazis wurde übertönt durch den Gesang der Internationale. Die Polizei trieb zwar die Gegendemonstration immer wieder auseinander, aber immer wieder bildete sie sich, bald hier, bald da neu.

*

Der von der Sozialistischen Arbeiterpartei propagierte Kampfblock der Arbeiterorganisationen nimmt schon in den verschiedensten Orten greifbare praktische Formen an. Vor einigen Tagen in Breslau und jetzt in Mainz und in kleinerem Maße in vielen anderen Orten. **Die Früchte der politischen Arbeit der SAP beginnen zu reifen, und das Ergebnis ist, daß die Vorherrschaft der Nazis gebrochen und das Kraftbewußtsein und die wirkliche Kraft der Arbeitermasse gestärkt in Erscheinung treten.**

Überall, wo die SAP stark und aktiv ist, geht es vorwärts für die Arbeiterklasse. Darum alle Kraft für die Stärkung der SAP, für die Steigerung der Aktionsfähigkeit der Sozialistischen Arbeiterpartei, die allein die so dringend nötige Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse herbeiführen wird.

Ruhrschiedsspruch angenommen

TU. Berlin, 17. Juni 1932

In der Lohn- und Manteltarifbewegung im Ruhrbergbau haben am Freitag im Reichsarbeitsministerium nochmals Verhandlungen mit den beiderseitigen Tarifvertragsparteien stattgefunden. Die vom Reichsarbeitsminister Schäffer persönlich geleiteten Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Tarifvertragsparteien die am 30. Mai 1932 gefällten Schiedssprüche über den Manteltarifvertrag und Lohnvertrag nunmehr angenommen und damit zum Vertrag erhoben haben.

Damit haben die Gewerkschaften der Verschlechterungen des Manteltarifs zugestimmt, während die Unternehmer sich mit ihrer Zustimmung zur Verlängerung des alten Lohntarifs nichts vergaben, weil er nur wenige Wochen Laufdauer hat.

Neuwahl in Sachsen? Die nationalsozialistische Fraktion hat im sächsischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem die Auflösung des Landtages gefordert wird, da seine Zusammensetzung nicht mehr dem Volkswillen entspreche.

Antifaschistische Einheitsfront in Eberswalde

SPD, KPD, ADGB, AfA, RGO, Reichsbanner, Antifaschistischer Kampfbund und alle übrigen Arbeitersport- sowie Kultur-Organisationen hatten in Eberswalde zu einer antifaschistischen Kundgebung aufgerufen. Diesem Appell waren die Werktätigen in einer derartigen Anzahl gefolgt, daß der Saal des Stadttheaters bald mit 800 Menschen überfüllt war und eine Parallelversammlung mit weiteren 600 Personen notwendig wurde.

Die Genossen Peetz (SPD) und Neubauer (KPD) referierten abwechselnd in beiden Versammlungen. Die Reden wurden einmütig von allen Versammelten aufgenommen. Für die Bildung von Schutzstaffeln zeichneten sich in die in Umlauf gesetzten Listen sofort 670 Arbeiter ein. Der aus 3 SPD- und 3 KPD-Genossen gebildete Aktionsausschuß wurde beauftragt, die weiteren notwendigen Maßnahmen unverzüglich zu treffen.

Eine eingebrachte Entschließung mit folgenden Forderungen wurde einstimmig und mit spontanen Beifallskundgebungen angenommen:

Die Versammelten appellieren an alle Werktätigen des Finowtals: Schließt Euch zusammen in der Einheitsfront zum Kampfe gegen die faschistische Reaktion!

Vorwärts zur antifaschistischen Aktion!

Vorwärts zum gemeinsamen Kampf für die Lebensforderungen der Arbeiter!

Für:

Schließung der SA-Lokale!

Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützungssätze auf den Satz vor Inkrafttreten der Notverordnungen!

Zahlung der vollen Miete für alle Erwerbslosen!

Kostenlose Schuhbesohlung für alle Erwerbslosen und unentgeltliche Schulspeisung aller Kinder der Erwerbslosen!

Nichtdurchführung von Exmissionen!

Aufhebung des Verbotes der antifaschistischen Organisationen!

Proletarische Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit!

Gegen:

Zerschlagung der Sozialversicherung!
Jeden Pfennig Lohnabbau!
Beseitigug der Tariflöhne!
Erneute Belastung mit der Hauszinssteuer!

Es lebe die Einheitsfront der Arbeiter!
Fort mit der Papen-Regierung!

Die stehend gesungene Internationale beendete diese von allen Anwesenden längst ersehnte Kundgebung, welche von dem einen Gedanken erfüllt war, in proletarischer Einheitsfront dem Faschismus und der Reaktion den Garaus zu machen.

Anleihe für Oesterreich

Lausanne, 16. Juni 1932.

Die Beratungen der Finanzsachverständigen über die Frage einer Anleihe für Österreich stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Nach dem bisherigen Plan sollen für die Anleihe von 300 Millionen Schilling übernehmen: England 100 Millionen, Frankreich 100 Millionen, Italien 30 Millionen, die übrigen am österreichischen Handel interessierten Staaten, darunter auch Deutschland, die restlichen 70 Millionen. In Sachverständigenkreisen besteht übereinstimmend die Auffassung, die auch von französischen Kreisen jetzt geteilt wird, daß ein Zusammenbruch Oesterreichs zu einer schweren Erschütterung des ganzen europäischen Kapitalmarktes führen würde.

Die Hunger-Verordnung der Papen-Regierung

Der neue Reichsarbeitsminister Schäffer hat auf Grund der neuen Notverordnung eine Verordnung über die neuen Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung und die Durchführung öffentlicher Arbeiten erlassen, die eine wahre Hungerverordnung ist.

Danach betragen ab 27. Juni die Unterstützungssätze

in den großen Städten

für **Erwerbslose ohne Angehörige** in den Lohnklassen I 5,10, II 6,00, III 7,20, IV—VI 8,40, VII—VIII 9,00, IX—XI 11,70 M. wöchentlich;

für **Erwerbslose mit 2 Angehörigen** in den Lohnklassen I 6,60, II 9,00, III 10,80, IV—VI 12,60, VII—VIII 14,70, IX—XI 17,10 M. wöchentlich;

für **Erwerbslose mit 4 Angehörigen** in den Lohnklassen I 6,60, II 10,50, III 12,60, IV—VI 15,60, VII—VIII 19,50, IX—XI 22,50 M. wöchentlich;

für **Erwerbslose mit 6 und mehr Angehörigen** in den Lohnklassen I 6,60 II 10,50, III 12,60, IV 15,60, V 17,40, VI 19,20, VII—VIII 24,30, IX—XI 27,90 M. wöchentlich;

in den Mittelstädten mit mehr als 10 000 Einwohnern

für **Erwerbslose ohne Angehörige** in den Lohnklassen I 5,10, II—III 6,00, IV—VI 7,20, VII—VIII 8,40, IX—XI 9,90 M. wöchentlich;

für **Erwerbslose mit 2 Angehörigen** in den Lohnklassen I 6,60, II—III 9,00, IV—VI 10,80, VII—VIII 12,00, IX—XI 14,70 M. wöchentlich;

für **Erwerbslose mit 4 Angehörigen** in den Lohnklassen I 6,60, II—III 10,50, IV—VI 14,40, VII—VIII 15,60, IX—XI 19,50 M. wöchentlich;

für **Erwerbslose mit 6 und mehr Angehörigen** in den Lohnklasse I 6,50, II—III 10,50, IV 14,40, V 16,20, VI 18,00, VII—VIII 19,20, IX—XI 24,30 M. wöchentlich;

In kleinen Gemeinden unter 10 000 Einwohnern

für **Erwerbslose ohne Angehörige** in den Lohnklassen I—II 4,50, III 5, 10, IV—VI 6,00, VII—IX 7,20, X—XI 8,40 M. wöchentlich;

für **Erwerbslose mit 2 Angehörigen** in den Lohnklassen I 5,70, II 6,90, III 8,10, IV—VI 9,00, VII—IX 10,80, X—XI 12,00 M. wöchentlich;

für **Erwerbslose mit 4 Angehörigen** in den Lohnklassen I 5,70, II 8,10, III 9,60, IV—VI 12,00, VII—IX 14,40, X—XI 15,60 M. wöchentlich;

für **Erwerbslose mit 6 und mehr Angehörigen** in den Lohnklassen I 5,70, II 8,10, III 9,60, IV 12,00, V 13,50, VI 15,00, VII—IX 18,00, X—XI 19,20 M. wöchentlich.

Nach diesen Bestimmungen wird also **die niedrigste Unterstützung 4,50 Mark wöchentlich (!)** betragen, die höchste (Familie mit fünf oder mehr Kindern!) 27,90 Mark. Das ist eine geradezu ungeheuerliche Herabsetzung, und es ist ein magerer Trost dafür, daß in Zukunft die besonderen Sätze für Arbeitslose **mit weniger als 52 Wochen Beschäftigung** und für **Saisonarbeiter** fortfallen. Dafür wird nach sechs Wochen Unterstützung die **Bedürftigkeitsprüfung** eingeführt.

Die Folge dieser ungeheuerlichen Herabsetzung, der die Herabsetzung der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen folgen wird, wird eine **neue gewaltige Lohnabbauwelle** sein, wenn sich nicht Arbeiter, Angestellte und Erwerbslose in gemeinsamer Abwehrfront zur Wehr setzen und die Aufhebung dieser Hunger-Verordnung erkämpfen.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

80. Fortsetzung

Hans, das ist eine neue Welt. Du mußt hierher kommen, um auch das zu erfahren. Hans ist erschrocken, aber er weiß, wie der Hunger ist. Er hat es erfahren, kein Zuhause zu haben, und Friedel ist ein guter Kamerad, ein feiner, stiller Mensch. Hans denkt immer mehr über das Durcheinander in dieser Welt nach. Da fahren Autos, sausen D-Züge, donnern Flugzeuge. Menschen sind satt und gut gekleidet und im Schatten oder unter den Bogenlampen drücken sich Menschen herum, junge Menschen, die zu allem bereit sind, wenn man sie nur satt macht und wenn man ihnen ein paar Groschen geben will.

Was sollen die hier in der Anstalt? Sie sollen hier erzogen werden . . . Wozu? . . . Da draußen saust das Leben, nicht hier drin. Vorbestrafte, Unschuldige, Diebe, Einbrecher, Muttersöhnchen alles durcheinander. Das geht Hans Tag und Nacht im Kopfe herum.

Das ist so ein kotzenpfötig heimtückisch dahinschleichendes Leben. Ein Tag geht wie der andere vorbei. Grau . . . eintönig . . . Tick . . . tack . . . tick . . . tack Das richtige harte Leben ist so weit . . . Morgens . . . Mittags . . . Abends . . .

Nachts werden Pläne geschmiedet. Da erzählen sie ihre Abenteuer. Dann ist die Landstraße nahe und die Jungen marschieren durch Städte und Dörfer. Da sind endlose Wälder, steile Berge und stille Täler. Da donnern Lastautos vorüber. Da ist der Rhein und da glühen die Hochöfen und dröhnen die Fabriken, glotzen die Schächte des Industriereviers. Und da ist Hamburg . . . Ach, Hamburg . . .

Bis in die Träume hinein hören sie die Sirenen der großen Dampfer. Dann geht es wieder quer durch Deutschland bis nach Tirol und nach Oesterreich und dann nach Schlesien und immer weiter.

Aber immer wieder enden alle Erzählungen in Berlin. Dann ist es mal einen Augenblick und länger still im Schlafsaal. Jeder denkt daran. An was denkt er . . .

Bis dann wieder einer von den Mädchen spricht. Und dann macht einer Witze und der andere stichelt. Und dann wird geflucht und gedroht. Manchmal prügeln sie sich auch. Gereizt und hoffnungslos . . . Oder es erzählt einer von der großen Sache . . . Wie sie mal einem Bankboten siebenhundert Mark abgenommen haben. Pfeffer hatten sie ihm in die Augen geworfen, und ehe er nur jappen konnte, waren sie schon weg. Oder wie sie an der Feuerleiter hochstiegen und in die Geschäftsräume im dritten Stock einstiegen. Feines Tuch in drei schönen Ballen, eine Schreibmaschine und für hundertfünfzig Mark Briefmarken. Die Erfahrenen lächeln und vergleichen, und die Neulinge staunen und lernen. Und so hat jeder etwas davon . . .

Bis dann mal einer diesen nächtlichen Unterricht verpfeift. Ach Gott, das ergibt sich doch mal so beim Reden mit einem Erzieher. Das sagt sich dann mal so hin, was Willi Köhne da neulich nachts erzählt hat . . . Der Erzieher spitzt die Ohren und sieht in einen Abgrund. Er sagt nichts, aber am nächsten Abend steht er dann hinter der Tür und horcht. Niemand denkt an ihn. Es ist dunkel und still auf allen Gängen und im ganzen Haus.

Und drinnen spinnen sie ihren Faden. Die Nacht ist ja so lang. Piepelchen erzählt heute die Sache mit den drei Autos, die sie an einem Abend klauten. Eins tauschten sie immer gegen das andere aus . . . Am Bülowbogen fuhren sie einer Droschke den Kotflügel ab und an der Brücke schraubten sie schnell noch einen Telefonautomaten aus seiner Zelle ab. Schließlich braucht man auch ein bißchen Kleingeld. Alle lachen über diese Feststellung, aber auf einmal ist der Schlafsaal hell und da steht Herr Siegel, der Erzieher mit dem Polizeigesicht: streng, unnahbar, wichtig und gefahrvoll . . .

Wer schläft, schläft, aber der hat gelacht und der gesprochen. Und Herr Siegel zieht nur sein Notizbuch heraus, näßt die Bleistiftspitze und schreibt irgend etwas auf. Piepelchen blinzelt ihn freundlich und unschuldig an. Herr Siegel ist ergrimmt über soviel Verworfenheit. Am liebsten möchte er losbrüllen und toben, aber er geht dann nur von einem Bett zum anderen und betrachtet die Schläfer oder die so tun als ob. „Morgen", sagt er dann nur grollend und ein Weltgericht liegt in dem Wörtchen . . .

Die Vernehmungen anderntags sind kurz. Es kommt nichts Neues hinzu. Die Strafe ist hart: Rauchverbot für die ganze Familie für zwei Wochen.

Für vierzehn Tage . . .

Donnerwetter. Verfluchte Sch . . . .

Die Jungen laufen mit roten Köpfen und roten Augen herum . . . Durch einen Satz, so nebenbei, aber doch nicht von ungefähr, hat Piepelchen den Urheber der ganzen Misere ermittelt, und als er dem Erwin Wind schräg in die Augen sieht, wehrt sich der noch einen Moment und versucht, dem stechenden und saugenden Blick standzuhalten. Aber schon ist er erledigt und geht davon mit weichen Kniekehlen und schnell aufsteigenden Tränen. Das sagt sich dann mal so nebenbei hin . . . Was soll nun werden? Ich bin verloren . . . Hab ich die Jungen verpetzen wollen?

Hans hört das Raunen um sich herum. Da wird getuschelt und gegen Abend wird sogar schon wieder laut geflucht, als der Erzieher gerade einmal aus der Tür gegangen ist. Alle sehen sie plötzlich auf Erwin Wind . . .

„Saalplatte . . ." grunzt einer vorlaut und voll zufriedener Spannung, und ein klirrendes, feindselig gereiztes Lachen läuft an den Wänden entlang. Der Erzieher kommt wieder herein und es ist peinlich still. Sonst durfte man sich nach dem Abendbrot seine Zigarette oder seine Piepe anzünden . . .

Warte, mein Junge . . .

Das Geschirr wird abgeräumt. Die Brettspiele, abgegriffen, klebrig und schwarz, rappeln auf den Tischen. Zum tausendsten Male eine Partie Mühle oder Dame oder Schach . . . Bleiern ist die Ruhe. Schwere steife Finger schieben die Steine über die Spielfläche. Keiner hat richtig Lust zu spielen. Keiner mag aber etwas anderes tun. Drei oder vier starren, Kopf in die Hände gestützt, auf die Tischplatte. Eine Viertelstunde vergeht so nach der anderen. Erwin sitzt an seinem Tisch allein und gemieden. Wenn einer vorbeigeht streift er ihn mit dem Schuh oder mit dem Knie und jedesmal fährt Erwin dann zusammen. Saalplatte . . . Das Grauen zieht sich immer dichter um ihn zusammen. Wen er auch ansieht, keiner beachtet ihn, aber er fühlt die Blicke in seinem Rücken, in seinen Schläfen . . .

Vorhin hätte er vielleicht noch ausrücken können. Schnell austreten gehn, dann auf den Mülleimer an der roten Mauer, dann einen Sprung. Querfeldein, nur immer laufen. Es ist Nacht draußen, und er hätte sich irgendwo verstrecken können. Niemand hätte ihn gesehen . . .

Er kann nicht und nichts. Nur sitzen und warten. Noch eine halbe Stunde, noch eine Viertelstunde . . . tick . . . tack . . . tick . . . tack . . . Die Uhr geht immer weiter, gleich ist es soweit . . .

Graphische Hilfsarbeiter kampfbereit

Kündigung im ganzen Reich

Eine Berats- und Gauleiterkonferenz des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter hat beschlossen, dem Druckereihilfspersonal zu „empfehlen", in allen Druckereien des Reichs die Kündigung einzureichen.

Dementsprechend beschloß eine überfüllte Mitgliederversammlung der graphischen Arbeiter Berlins am Donnerstag abend, in allen Berliner Druckereien mit mehr als zehn Mann Hilfspersonal am Freitag, den 17. Juni, zu kündigen. Die Arbeiterdruckereien wie die Reichsdruckerei, wo ein Sondertarif besteht, sind ausgenommen.

Dieser Beschluß ist die Einleitung zum Abwehrkampf gegen die diktatorischen Lohnabbauversuche der Unternehmer. Während für die Buchdrucker der Lohntarif unverändert verlängert wurde und auch ein — allerdings sehr verschlechterter — Manteltarif zustande kam, wollen die Unternehmer bei den Hilfsarbeitern einen Lohnabbau von 4,3 bis 9,6 Prozent erzwingen. Weil ihnen das zentral nicht gelang, versuchen sie den bisherigen Reichstarif durch Abschluß örtlicher Tarife mit örtlichen Schiedssprüchen zu zerschlagen. Zu diesem Zweck haben die Unternehmer in einer Reihe kleiner Provinzorte ihren Hilfsarbeitern gekündigt. Dieses Manöver soll durch die zentrale Aktion pariert werden.

In der Berliner Mitgliederversammlung herrschte eine scharfe Kampfstimmung. Der großen Mehrheit der Kollegen gingen die Maßnahmen der Verbandsleitung nicht weit genug. Sie verlangte statt Kündigung sofortigen Streik.

Der Gauvorsitzende Gloth glaubte in seinem Referat an die Vernunft der Unternehmer appellieren zu müssen und empfahl lediglich den Beschluß des Verbandsvorstandes und der Gauleiter als entscheidende Maßnahme. Demgegenüber sprachen sich alle Diskussionsredner, selbst die Kollegen der SPD, darunter ihre Fraktionsleiter Seelig und Stache Betriebsratsvorsitzender bei Ullstein, für sofortigen Streik aus. Streik auch gegen die reaktionären Schlichtungsinstanzen.

Starken Eindruck machte das geschlossene Auftreten der freigewerkschaftlichen Opposition (SAP—KPD-O), die **Anträge für sofortigen Streik, für die Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen, für die sofortige Einberufung einer Betriebsräte-Vollversammlung** und für einheitliche außerparlamentarische Massenaktion aller Arbeiterorganisationen zum Kampf gegen Lohnabbau, Notverordnungen und Faschismus und zur einheitlichen Abwehr der imperialistischen Kriegsgefahr gegen die Sowjet-Union einbrachte. Die Sprecher der Opposition fanden stürmischen Beifall, wogegen sich beim Schlußwort des Gauvorsitzenden nur eine Hand rührte.

Unter dem Druck der allgemeinen Stimmung der Versammlung mußte die Versammlungsleitung sofortige Streikabstimmung vornehmen. Leider fehlten nur einige Stimmen an der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit. Es blieb dann dem bekannten Abwürger des Mitgliederwillens G. Großmann überlassen, die Abstimmung der weiteren Anträge der Opposition trotz des Protestes der Kollegen durch Schließung der Versammlung zu verhindern. Der Antrag für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen wird allerdings in der nächsten Generalversammlung behandelt. So faßt die Gewerkschaftsbürokratie Arbeiterdemokratie auf!

Die „Führung" der RGO machte sich in dieser Versammlung so bemerkbar, daß sie überhaupt nicht in Erscheinung trat! Für die freigewerkschaftliche Opposition wird diese Versammlung Ansporn sein, ihre Aktionsbasis zu erweitern.

Leipziger Lithographen zum Tarifabschluß

Die Leipziger Lithographen und Steindrucker nahmen zu der von der Gewerkschaftsführung mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarifvereinbarung Stellung. Der Vorsitzender der Leipziger Gewerkschaft, Landtagsabgeordneter und sogen. „Linker" Ferkel, erstattete Bericht. Der ganze Vortrag war ein Hohn auf die Kollegenschaft. Er erklärte u. a.: Die Verlängerung der Arbeitszeitspanne von 6 bis 20 Uhr hat keinerlei Bedeutung. Daß die Kurzarbeit durch den Unternehmer beliebig angesagt werden kann, ist etwas schlimmer. Die Kürzung der Ferienbezahlung um 25 Proz. hatten wir auch bei den Buchdruckern und Buchbindern. Man kann sich darüber streiten, ob acht oder vierzehn Tage Kündigungszeit besser sind.

In der Diskussion schilderte Kollege Kirsten (KPD-O) in sachlicher Weise die Situation der faschistischen Gefahr und forderte, daß die Arbeiter kämpfen müßten, da gerade im graphischen Gewerbe noch Aussichten auf Erfolg beständen. In einer Resolution verlangte er die Einheitsfront aller Parteien und den Schutz der Sowjetunion. Danach sprach ein SPD-Kollege für die Annahme des Tarifes. Ihm folgte Kollege Winter (SAP), der in schärfster Weise den Ausführungen Ferkels entgegentrat. Vor allem betonte er, daß wir heute im kapitalistischen System als Regel die Krise hätten und daß es falsch sei zu behaupten, in der Krise könne man nicht kämpfen. Weiter sprach er sich für die Annahme der obengen. Resolution aus.

Ferkel versuchte in seinem Schlußwort eine ganze Stunde lang vergeblich, die Argumente der Opposition zu widerlegen. Der Tarif wurde mit knapper Mehrheit angenommen, während die Resolution mit derselben Mehrheit abgelehnt wurde.

Beendigung des Bauschlosserstreiks

Auf Grund neuer Vereinbarungen zwischen den Unternehmern des Bauschlossergewerbes und dem Deutschen Metallarbeiterverband ist der Streik der Bauschlosser nach dreiwöchiger Dauer beendet worden. Die Ortsverwaltung des DMV hat es verstanden, die oppositionelle Branchenstreikleitung auszuschalten und eine Vereinbarung abzuschließen, nach der ein Abbau der Tarifsätze um 12 Prozent und Beseitigung der übertariflichen Löhne durchgeführt werden. Der Spitzenlohn soll jetzt 1,16 Mark betragen. Leider haben die Streikenden diesem Abkommen in einer Versammlung mit großer Mehrheit zugestimmt.

Betriebspascha

Unhaltbare Zustände in der Schuhreparatur-Werkstatt Salamander AG.

Die Salamander AG. eröffnete Anfang dieses Jahres in Berlin eine Schuhreparaturwerkstatt, in dieser führt der den Berliner Reperaturschuhmachern sattsam bekannte Herr Valand als Betriebsleiter das Regiment. Zur Zeit sind dort zirka 100 Leute beschäftigt. Die Arbeitszeit ist unregelmäßig, unbezahlte Ueberstunden sind an der Tagesordnung, obwohl die Beschäftigten am Tage sehr oft herumstehen müssen, selbst jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren werden zu Ueberstunden gezwungen. Bei den geringsten Verfehlungen werden die Leute von dem Betriebsleiter mit den Tiernamen wie dumme Gans, alte Ziege, Sie Ochse und so fort beschimpft. Wenn einmal ein Arbeiter oder Arbeiterin nach Auffassung des Herrn Betriebsleiters zuviel verdient hat, wird der verdiente Lohn nicht ausbezahlt, sondern Herr Valand bestimmt, was bezahlt werden darf. Zur Zeit ist Herr Valand wieder dabei, den selbst diktierten Tarif zu kürzen, obwohl nicht einmal die niedrigsten Reichstarifsätze erzielt werden.

Nach einer Betriebsversammlung, an welcher ein Vertreter des Zentralverbandes der Schuhmacher sowie ein Vertreter des christl. Lederarbeiterverbandes teilnahm, wurden die jungen Leute am anderen Morgen von Herrn Valand zusammengerufen und ihnen erklärt: „Wenn ihr euch organisiert, werdet ihr entlassen." Diese Mißstände sind der Direktion in einer Aussprache im Beisein des Betriebsleiters bekanntgegeben. Herr Direktor Schwarz hat Abhilfe zugesagt, es ist aber trotzdem nicht besser, eher schlechter geworden.

Schuld an diesen Mißständen ist der größere Teil der Belegschaft selbst. Nur wenn sich auch hier die Arbeiter organisieren und gemeinsam mit ihrer Organisation für eine bessere Entlohnung und anständige Behandlung kämpfen, können sie die Paschadiktatur brechen.

Die Firma Salamander unterhält in Berlin eine Anzahl Verkaufsläden. Es ist ihr zu raten, die Arbeiter- und Angestelltenkundschaft nicht mit solchen Methoden abzustoßen.

Leser werbt für die SAZ

Niedriger hängen

Ob es für die kommunistische Bewegung sonderlich von Nutzen wäre, ob sich etwas Wesentlicheres ändern würde, wenn heute an der Spitze der KPD die um Brandler, Thalheimer und Leo stehen würden, das ist mir schon in den Auseinandersetzungen, die von 1930 bis Januar 1932 in der KPO stattgefunden haben, höchst zweifelhaft geworden. Spätere Leistungen der „Arpo" und des „Strom" bei Bekämpfung der SAP und bei der persönlichen Herunterreißung langjähriger Kampfgenossen haben meine Zweifel zur Gewißheit erhärtet.

Die „Arpo" vom 18. Juni bringt es fertig, ihre bisherigen Leistungen noch zu überbieten. Sie enthält einen Artikel mit der Ueberschrift: Walcher auf dem Wege zu Leipart", dessen Grundlage ein Artikel in der „Metallarbeiter-Zeitung" vom 28. Mai bildet. Der Umstand, daß der Artikel mit den Buchstaben J. W. gezeichnet ist, genügt den Leo-Thalheimer, zu behaupten, ich sei „ohne Zweifel" der Verfasser des Artikels. Auf diese nichtswürdige Vermutung gestützt, schreibt die „Arpo": „Jacob Walcher kritisiert die RGO bereits vom sozialdemokratischen Standpunkt aus", woraus fur Leo-Thalheimer ersichtlich ist, wie weit sich Jacob Walcher schon zur „Mutterpartei" zurückentwickelt hat.

Da ich den in Frage kommenden Artikel nicht verfaßt und überhaupt noch niemals für die Metallarbeiter-Zeitung geschrieben habe, bleibt nur übrig, die Methoden einer Zeitung niedriger zu hängen, die vor einigen Jahren unter großen Opfern geschaffen wurde, um die KPD von den verderblichen Methoden einer korrupten Bürokratie zu säubern. Soll einer von den nachstehend zitierten Sätzen der „Arpo" Kenntnis nehmen und dann erklären, wo die KPD-Zeitung zu finden ist, die fähig wäre, die Pöbeleien der „Arpo" zu überbieten.

„Wenn Jacob Walcher heute die ihm bekannten Tatsachen auf den Kopf zu stellen versucht, so gibt es dafür zwei Gründe: Erstens Zeilenhonorar, zweitens das Suchen nach einem Betätigungsfeld beim ADGB und DMV, nachdem das Auseinanderbröckeln der SAP eine feststehende Tatsache ist. Jetzt ist klar, worin die weltenweite Bedeutung der SAP für Jacob Walcher bestanden hat: es ist der weltenweite Brückenbogen zur SPD für Leute, denen der Kampf um die Gesundung der kommunistischen Bewegung zu opferreich und zu wenig einträglich war."

Obgleich ich meine Erfahrungen machen mußte, kann und will ich nicht annehmen, daß alle Mitglieder der KPO solche Lumpereien schweigend hinnehmen. J. Walcher.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr Klaus Zweiling, Berlin, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montag.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16 Tel.: Kupfergraben E 2 2904
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr 15/16. Tel: Kupfergraben E 2 2905
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges m.b H", Berlin O 27 Magazinstr 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Sonnabend, 18. Juni 8 Uhr
Der Troubadour
Schauspielhaus
a.-Gendarmenmarkt
Sonnabend, 18. Juni 8 Uhr
Jeppe vom Berge
Schillertheater
Sonnabend, 18. Juni
Abschied von der Liebe

Volksbühne
Theat. a. Bülowpl
Sonnabend, 18. Juni 8¼ Uhr
Die goldene Uhr
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 137
Sonnabend, 18. Juni 8.30 Uhr:
Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne
8.30 Uhr:
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Zigeunerliebe

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Die 5 verfluchten Gentlemen
und
Weekend im Paradies

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Der Frechdachs
und
Das entfesselte Afrika
Anfangszeiten Sonntags: 3, 5, 7, 9 Uhr

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Seestraße
Brigitte Helm, Rudolf Forster
Die Gräfin von Monte Christo
Der Frauenraub auf Madagaskar

M·I·L·A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Freitag, den 17. Juni, bis Montag den 20. Juni 1932:
Unser Doppelprogramm
Die aktuelle Tonkomödie
Dazu die Neuaufführung des Nordens E. A. Duponts Meisterwerk
ATLANTIK
ein erschütterndes Tonfilmwerk mit Deutschlands größten Filmdarstellern.

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Der große Sensationsfilm
Frankenstein
dazu:
Ein süßes Geheimnis

Werbt Abonnenten!

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Der aufpeitschende Revolutionsfilm:
Der blaue Expreß
dazu: Willy Fritsch, R. A. Roberts
Der Frechdachs
Sonnabend, den 18. Juni, Nachtvorstellung. Sensations Gastspiel Cumberland, Hellsehen und okkultistische Experimente

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus, am Potsdamer Platz B. Kurf. 2334
Marlene Dietrich
in
„Schanghai-Expreß"
der erfolgreiche Tonfilm der Saison
Ufa-Tonwochenschau und das große Tonbeiprogramm.
Jugendliche u. Erwerbslose 0.40 RM
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 Uhr nachm. bis 1 Uhr nachts.
Tolle Tag- u. Nachtkino Berlins

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Berlin spricht nur von
Frankenstein
(der Film des Gruselns, Packens, Aufregens)
dazu
Der Sprung ins Nichts
Zirkusfilm mit Cliff Feindt
Wochentags ab 5 Uhr, Sonntags ab 3 Uhr

HAUS VATERLAND
KURFÜRST 2460
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Berufstätige
Genossin oder Genosse
findet freundliches Zimmer (auch vorübergehend). Gute Fahrverb. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Verlages.

Stettin
Feinbäckerei und Konditorei
Gustav Tillack
Stettin, Grenzstr. 19
Tägl. frische Backwaren jed. Art

Gaststätten der Arbeiter u. Arbeitersportler

Wilkau
Restaurant „Zur Haltestelle"
für alle Ausflügler und Sportler beste Einkehrstätte
Mönchhof Kulmbacher und Warnesgrüner Grenzquell-Biere
Warme und kalte Speisen
Zeitgemäße Preise.
— Ruf: Amt Zwickau 7669 —
Rudolf Ebert u. Frau

Zwickau
Konditorei und Café Buschbeck
Bes.: Max Wächtler
Ruf 4984 • Ruf 4984
Beliebtestes Caféhaus Zwickau
Erstklassiges Bestellgeschäft

Oberhohndorf
Kulmbacher Bierstuben
Das Verkehrslokal der Arbeitersportler
Inh.: Arno Rösch. Ruf 7142

Tannenbergsthal i. V.
Gasthof „Zur Tanne"
Inhaber: Walter Röder
Schöne Lage im Pyratal
Gesellschaftssaal
Musikal. Unterhaltung
Gute u. preiswerte Küche

Gottesberg i. V.
Gasthof Pyratal
Besitzer Möckel
Schön gelegen, herrliche Waldumgebung, Gesellschaftssaal, musikalische Unterhaltung, gute, preiswerte Küche, stets frische Milch

Klingenthal i. Vogtl.
Schusters Restaurant
5 Min. vom Bahnhof
Pächter Otto Meinel
Schön gelegen, Herrliche Waldumgebung. Gesunde Zimmer, musikalische Unterhaltung, gutgepflegte Biere, preisw. Küche

Wer Gutscheine kauft, stärkt den Pressefonds!